Nach Bern dauert die Fahrt nicht länger als ins Unterwallis: Der Bahnhof von Visp, Oberwallis.

Das Derby

Der Kanton Wallis schreibt an einer neuen Verfassung, die den Rest der Schweiz alt aussehen lässt. Doch das Projekt droht zu scheitern, weil Walliser und Valaisannes sich nicht einig werden.

Von Anja Conzett (Text) und Diana Pfammatter (Bilder), 02.04.2022

Siders/Sierre, Februar, kurz vor acht. Der Föhn ist zusammengefallen, an seine Stelle eine eisige Bise getreten, von der sich die Fans im in die Jahre gekommenen Hockeystadion unter den Gleisen jedoch kaum beeindrucken lassen. Hunderte sind gekommen. Der EHC Visp spielt gegen den HC Sierre. Die beiden Clubs verbindet eine lange Feindschaft – und der Heimatkanton. Ein Derby also. Wallis gegen Valais. Valais contre Wallis.

Kurz vor Anpfiff. Ennio Morricone scheppert aus den Lautsprechern, «The Ecstasy of Gold», Pathos mit der Faust aufs Ohr. Die Menge sammelt sich; jemand sucht den kleinen Bruder, jemand das nächste Bier. Ein Weg ist kürzer als der andere. Dann Donner. Schlachtrufe übers Megafon, Trommeln, Körper, die gegen Banden knallen, Holz schlägt Holz, schlägt Eis,

schlägt Puck. Ein Ballett der Boliden, bei dem ein besonderer Reiz darin zu bestehen scheint, dass jederzeit eine Schlägerei auszubrechen droht.

Hockey passt ins Wallis. In diese raue, archaische Landschaft, voller Härte und Eleganz. Mit dieser Intensität, die keine kaltlässt. Und diesem ungeheuren Tempo, mit dem ein entschieden geglaubtes Spiel plötzlich eine neue Wendung nehmen kann.

Eine neue Wendung will sich auch der Kanton geben. Und was für eine.

Mit einer überwältigenden Mehrheit von 72,8 Prozent beschloss die Stimmbevölkerung vor vier Jahren die Totalrevision der Kantonsverfassung.

Kein Wunder, wenn man bedenkt, dass die aktuelle, kaum revidierte Verfassung im Jahr 1907 aufgesetzt wurde – 7 Jahre vor Beginn des Ersten Weltkriegs, 64 Jahre vor Einführung des Frauenstimmrechts, 74 Jahre vor dem ersten Personal Computer für den Heimgebrauch –, ausgestattet mit Paragrafen über Viehhandel, zeitlich näher am Leben Napoleons als an dem von vielen Walliser Stimmberechtigten.

Ende 2021 hat der eigens dafür eingesetzte 130-köpfige Verfassungsrat eine erste Fassung vorgelegt.

Ein verblüffend progressives Dokument.

Darin enthalten: Elternzeit, politische Rechte für Menschen mit Beeinträchtigung, Ausländerstimmrecht auf kommunaler Ebene, ein Diskriminierungsverbot, in Artikel 15 ausformuliert in 18 konkreten Punkten, Anerkennung der Gebärdensprache, Gewährleistung digitaler Unversehrtheit, Klimaneutralität, garantierte Kinderbetreuung, Whistleblower-Schutz – und am liebsten würde man die Heiratsstrafe abschaffen und durch Individualbesteuerung ersetzen, wenn da der Bund nicht noch ein Wörtchen mitzureden hätte. Als Krönung obendrauf soll ein Verfassungsgericht entstehen, vor dem man diese Rechte auch einklagen kann.

Würde diese erste Lesung so durchkommen, wäre die Walliser Verfassung Avantgarde weit über die Schweizer Grenzen hinaus.

Doch das Projekt, so sagen einige, droht zu scheitern. Weniger am progressiven Inhalt als an Fragen der institutionellen Organisation.

Es scheint auf ein Derby hinauszulaufen: Valais vs. Wallis.

Eine Frage der Minderheiten

In der Geschichte des Wallis gab es immer wieder progressive Momente. Zum Beispiel in Unterbäch, dem Frauenrütli, wo 1957 für eine Abstimmung das Stimmrecht für die weibliche Bevölkerung eingeführt wurde (auch wenn die Stimmen am Ende für ungültig befunden wurden).

In der Tendenz ist das Wallis aber ein bürgerlicher Kanton. Das spiegelt sich in nationalen Abstimmungen genauso wie in der Zusammensetzung des Staatsrats, des Parlaments und auch des Verfassungsrats.

Umso erstaunlicher dieser Verfassungsentwurf – und die klare Zustimmung. Die erste Lesung der neuen Walliser Verfassung haben 60,5 Prozent der Verfassungsrätinnen angenommen.

Dazu muss man wissen: Die Parteienlandschaft ist eine von vielen Besonderheiten dieses Kantons. Obwohl die meisten Parteien in beiden Kantonsteilen, dem französischsprachigen Unterwallis und dem deutschsprachigen Oberwallis, vertreten sind, funktionieren sie relativ unabhängig voneinander. So kann es vorkommen, dass die CVP Oberwallis lieber den Oberwalliser SVP-Staatsratskandidaten unterstützt als den der Unterwalliser Schwesterpartei. Und umgekehrt unterstützt die SVP Oberwallis im Zweifel lieber die Oberwalliser CVP-Kandidatin für den Ständerat als deren Unterwalliser Konkurrenz aus der eigenen Partei.

Kurz: Die Sprachgrenze ist hart. Damit hat auch die neue Verfassung zu kämpfen.

Während die Verfassungsräte der Parteien des Unterwallis deutlich Ja sagten bei der Schlussabstimmung nach der ersten Lesung, fand der Entwurf im Oberwallis nur beim linken Bündnis «Zukunft Wallis» (einstimmige) Zustimmung. Die CVP Oberwallis mit ihren 9 Sitzen enthielt sich fast unisono, die SVP lehnte in beiden Kantonsteilen geschlossen ab, und von der CSP Oberwallis, der christlich-sozialen Partei, die national der Mitte angeschlossen ist, gab es 6 Nein-Stimmen – und eine Enthaltung.

Sind die Oberwalliser einfach so viel konservativer als die Unterwalliser?

«Meine Befürchtung: Die Verfassung, wie sie jetzt ist, wird im Oberwallis wegen der Minderheitenfrage abgelehnt. Das wäre wahnsinnig schade»: Danica Zurbriggen, CSP Oberwallis.

«Nein, das glaube ich nicht», sagt Danica Zurbriggen, die eine Enthaltung der Verfassungsratsfraktion CSPO. «Die Walliser und auch die Oberwalliser sind progressiver, als man denkt.» Der Streitpunkt sei ein anderer.

Vor dem Verfassungsrat war Zurbriggen, wie viele ihrer Ratskolleginnen, ein No-Name in ihrer Partei. Unterdessen ist sie Vizepräsidentin – und stellt sich mit ihrer Enthaltung gegen die Mehrheit der Fraktion. Warum? «In dieser Verfassung steht so viel Gutes drin – ich konnte und wollte den Entwurf nicht als Ganzes ablehnen.»

Der Grund, weshalb der Rest ihrer Partei Nein gestimmt hat: «Der Minderheitenschutz ist nicht zufriedenstellend geklärt.»

Mit Minderheitenschutz meint man im Wallis den Schutz der deutschsprachigen Minderheit – der Oberwalliser, die rund 25 Prozent des Kantons ausmachen. Genauer: den Schutz der Oberwalliser Sitzanteile in den politischen Gremien.

Am liebsten hätten die Oberwalliserinnen einen garantierten Ständeratssitz, 2 der neu 7 Staatsratssitze (garantiert ist in der jetzigen Verfassung wie bisher einer). Und eine Garantie, dass ihr Sitzanteil im Parlament möglichst

gleich bleibt – unabhängig davon, wie viele Menschen im Oberwallis oder Unterwallis leben.

Zwar hat das ganze Wallis ein Bevölkerungswachstum, von dem andere Bergkantone nur träumen können – aber das Unterwallis wächst bedeutend schneller als das Oberwallis.

Die Angst vor Sitzverlusten geht im Oberwallis so weit, dass sich die meisten Verfassungsräte aus diesem Kantonsteil dagegenstemmten, dass zur Berechnung der Sitzverteilung fortan die Gesamtbevölkerung dienen soll – nicht nur die Schweizer Bevölkerung. Da mehr Ausländer im Unterwallis wohnen, bedeutet das fürs Oberwallis wieder ein paar Sitzverluste im Parlament.

«Aus Oberwalliser Sicht geht es bei der Erarbeitung der neuen Verfassung vor allem darum, wie man sein Hoheitsgebiet am besten schützt», sagt Zurbriggen. Die Grundrechtsfragen oder die Aufgaben des Staates seien für viele im Oberwallis reine Kosmetik. Vor allem auch bei den etablierten Parteien.

Für Zurbriggen sind die erweiterten Grundrechte dagegen auch ein Standortvorteil. Elternzeit, Kinderbetreuung würden das Wallis für Familien attraktiv machen. Noch attraktiver, da das Wallis bereits jetzt schon die höchsten Ausbildungszulagen und die dritthöchsten Kinderzulagen kennt – und weitaus weniger Überalterung als vergleichbare Regionen.

Auch Zurbriggen zieht ihre beiden Kinder hier auf. Obwohl sie in Zürich und Bern studiert hat und in Bern bei der Stiftung Kinderschutz Schweiz arbeitet, hat sie (Ferien ausgenommen) insgesamt nicht mehr als fünf Wochenenden ausserhalb des Wallis verbracht. Wozu auch – vom Balkon ihrer Wohnung, die sie mit den Kindern und ihrem Mann, einem Skilehrer, bewohnt, blickt man direkt aufs Matterhorn. Die Sonne scheint über Zermatt. Links und rechts ragen die Felswände steil nach oben.

Unten im Dorf herrscht die zufriedene Geschäftigkeit eines Wintersportorts Ende Hochsaison. Ein Idyll, so vollkommen, dass man fast schon dankbar ist, dass das benachbarte Hotel Schlag halb drei mit dem Après-Ski beginnt und fortan poshen Trash-Pop durchs Küchenfenster pumpt. Zurbriggen lächelt entschuldigend. Und sagt dann: «Meine Befürchtung ist, dass die Verfassung, wie sie jetzt ist, im Oberwallis wegen der Minderheitenfrage abgelehnt wird. Das wäre wahnsinnig schade.»

«Im Wallis hast du entweder den Felsen vor der Nase oder du steigst auf den Berg und siehst alles.» (Zitat eines Wallisers)

Trotzdem versteht Zurbriggen, dass sich die Oberwalliser von einer Unterwalliserin nicht gleich gut vertreten fühlen. «Ich fühle mich von einem Mann auch nicht gleich gut vertreten wie von einer Frau.» Aber wo die Frauenquote für Mandate im Verfassungsrat niedergeschmettert wurde, wird die Oberwalliser Quote sehr viel heftiger debattiert. «Interessanterweise sind ja die Oberwalliser in der Walliser Politik und Verwaltung in Bezug auf ihren Bevölkerungsanteil mehr als angemessen vertreten, auch ohne Quote.» Was auf die Frauen, die rein rechnerisch eigentlich eine Mehrheit wären, nicht zutrifft. Wie vielerorts sind sie auch im Wallis eine Minderheit in den politischen Ämtern.

«Es mag von aussen betrachtet seltsam klingen, die deutschsprachigen Gebiete schützen zu wollen, vor allem weil wir in der Schweiz zur Mehrheit gehören», sagt Zurbriggen, «aber im Kanton sind wir eben tatsächlich eine Minderheit. Und Minderheiten sind konsequent schützenswert.»

Zurbriggen neigt zum Flüsterton. In Leserbriefen wird sie trotzdem als die «laute Stimme» aus Zermatt betitelt – gemeint ist wohl die progressive Stimme. Zurbriggen steht für einen Richtungswechsel innerhalb der Parteienlandschaft, der nicht jedem gefällt.

Obwohl Zurbriggen mehr Symptom als Ursache einer Veränderung ist, die sich im Wallis lange angebahnt hat.

Klischees, Clans und die anderen

Der grösste Stausee, der längste Gletscher, die höchsten Berge, der meistfotografierte Gipfel, am meisten Sonne, am meisten Wein und wohl am meisten illegale Chalets – das Wallis ist ein Kanton der Superlative. Auch des-

halb muss man als Aussenstehende teuflisch achtgeben, bei der Beschreibung nicht in Klischees zu verfallen. Vor allem aber, weil die Walliser an ihren Klischees hängen wie die Gerölllawine am Permafrost.

So bekommt man, wenn man die Walliser in der Beiz, auf der Strasse oder beim Match fragt, was das Wallis verbindet, oft eine Reihe Plattitüden serviert:

die Lebensfreude, das Traditionsbewusstsein, der Stolz, die Kulinarik, Kuhkämpfe, der FC Sion oder was davon übrig geblieben ist …

«Die Rhone», sagt Elisabeth Joris mit dieser entzaubernden Nüchternheit, die Historikerinnen manchmal eigen ist. «Der Rest ist oft mehr konstruiertes Narrativ als gelebte Erfahrung.»

«Das Wallis war lange Zeit in Clanstrukturen organisiert, dieses Clandenken begünstigte Filz und Klientelismus»: Elisabeth Joris, Historikerin.

Elisabeth Joris verfolgt die Verfassungsschreibung fast als Aussenstehende – sie lebt seit über 55 Jahren nicht mehr im Wallis, sondern in Zürich. Sie wechselt nahtlos zwischen Walliser- und Zürichdeutsch. Wegen dieser Fähigkeit ist sie im Wallis auch schon einmal auf offener Strasse als Verräterin beschimpft worden.

Zurückzukommen in die Berge ihrer Kindheit, ist für sie trotzdem ein unheimliches Gefühl, «fast etwas Körperliches». Sie kehrt oft zurück, wie jetzt gerade in den Sportferien, die sie mit ihrer Familie in Rosswald verbringt, einer Sammlung von Häusern auf 1800 Metern, im Winter nur per Luftseilbahn zu erreichen.

«Das Selbstbild des anarchistischen, ursprünglichen, authentischen Berglers wird hier gerne kultiviert», sagt Joris – *«Wiär Wallisär leh iisch va Bäru nix lah bifählu.»* Dabei bügelt das Bergvolk seit bald über 100 Jahren eher in der Fabrik als im Stall.

Laut Joris hat das Wallis im letzten Jahrhundert mehrere Umbrüche erlebt. Der erste beginnt Anfang des 20. Jahrhunderts in Form von Tunnels, gefolgt von Wasserkraftwerken, die einerseits Erschliessung und anderseits neue Arbeitsplätze bringen; dank der Wasserkraft wird das Wallis zum idealen Standort für Fabriken wie Lonza und Alusuisse. Mit den Bauprojekten Simplon 1, Lötschbergtunnel, Simplon 2, von den ersten Staudämmen in der Zwischenkriegszeit bis hin zu den Riesenbaustellen wie der Grande Dixence kommen nebst Mineuren und Servicefrauen in Kantinen und Baubaracken auch Gewerbetreibende aus Italien ins Oberwallis, die massgeblich zum Wachstum und zur Modernisierung des Kantons beitragen, wie Joris in mehreren Arbeiten untersucht hat. «Sie brachten Gemüsehandlungen, Fahrradwerkstätten, Uhrenhandlungen, Fotostudios, Cafés und auch die ersten Kinos mit sich.» Die Spuren der italienischen Migrantinnen sind bis heute sichtbar. So ist das Haus der Missione Cattolica in Naters noch immer einer der grössten Veranstaltungsorte des Oberwallis.

An der zweiten Modernisierung des letzten Jahrhunderts ist Joris direkt beteiligt. Als Mitgründerin der lokalen 68er-Bewegung Kritisches Oberwallis und der linken Oppositionszeitung «Rote Anneliese». Es ist eine Zeit, in der die im Wallis lange als unantastbar empfundene Vormachtstellung der katholischen Kirche mit ihrer patriarchal-hierarchischen Haltung, die sie in Politik und Privates trug, erodiert – *«chribis und stibis»,* wie Joris sagt.

Dabei will die Historikerin die Bedeutung der 68er nicht überhöhen. «Das Fernsehen, die verbesserte Stellung der Frau, die Bildung der Frau, das hat wohl mehr dazu beigetragen», sagt Joris, die zu einer Zeit im Wallis zur Schule ging, in der Frauen im Gegensatz zu den Männern noch keine eidgenössisch anerkannte Matura machen durften.

«Aber die grössere Erschütterung im Wallis kam am Ende des Jahrhunderts», sagt sie weiter, «mit der SVP.»

Bis vor kurzem hielten die C-Parteien im Wallis die absolute Mehrheit in den politischen Gremien. Die C-Parteien, das sind die CSP Oberwallis, die CVP Unterwallis und die CVP Oberwallis. 2013 fällt zum ersten Mal überhaupt die Mehrheit im Grossen Rat, 2021 verlieren die C-Parteien die Mehrheit in der Regierung – nur der Ständerat bleibt (seit 1863) in der Hand der C-Parteien und ihrer Vorläufer.

Während SP und FDP seit 1977 ungefähr auf gleichem Stand geblieben sind, konnten die Grünen seit 2005 auf 13 Sitze anwachsen – die SVP ist seit 2001 im Rennen und kommt inzwischen auf 22 Sitze. Auf Kosten der C-Parteien.

Die Verschiebung hat Konsequenzen. Während die Walliser CVP sich so positioniert, dass rechts von ihr nur noch die Wand kommen kann, ist die CSPO, die historisch immer schon gewerkschaftsnah war, leicht nach links der Mitte gerückt.

Beide Strategien werden die Normalisierung der Walliser Parteienlandschaft nicht aufhalten können.

Le Rhône, die Rhone, der Rotten – egal wie er genannt wird, irgendwie verbindet der Fluss mit dem Ursprung am Rhonegletscher das Wallis mit dem Mittelmeer.

Einer der Gründe, weshalb die C-Parteien sich überhaupt so lange an der Macht halten konnten, ist, dass Parteizugehörigkeit im Wallis teilweise bis heute vererbt wird, wie andernorts abstehende Ohren.

«Das Wallis war lange Zeit in Clanstrukturen organisiert, was zurückgeht in die Zeit der lokalen Aristokraten, als das Oberwallis über das Unterwalliser Untertanengebiet herrschte», sagt Historikerin Elisabeth Joris. «Dieses Clandenken wiederum begünstigte Filz und Klientelismus.»

In der Tat hat das Wallis eine ganze Reihe von Skandalen hervorgebracht, eine beachtliche Zahl davon in Buchform festgehalten vom Walliser Investigativjournalisten Kurt Marti.

Der seit 50 Jahren währende Bau der Oberwalliser Autobahn, Lehrer, die fristlos entlassen werden, weil sie in ihrem Schulzimmer das Kruzifix abhängen, oder Korruption bei der Simplonstrasse – Ereignisse, die dem Kanton die Übernamen «Wilder Westen» oder «Sizilien der Schweiz» eingebracht haben.

«Die alten Strukturen, die diese Skandale begünstigt haben, sind noch nicht ganz verschwunden, aber im Begriff, sich aufzulösen», sagt Joris. An die Stelle des Clandenkens sei jedoch ein gewisser Regionalismus getreten. «Analog zum angeblichen Stadt-Land-Graben wird im Wallis der ‹Konflikt› zwischen dem französischen und dem deutschsprachigen Teil bewirt-

schaftet», sagt die Historikerin weiter. «Im Oberwallis konstruiert man das Unterwallis zu den anderen, die das Eigene bedrohen.»

Und was macht das Unterwallis?

Aus dem Labor

3 Stunden und 56 Minuten kann es dauern, bis man mit dem öffentlichen Verkehr von der östlichsten Gemeinde Obergoms am Fuss der Urner Alpen in die westlichste Gemeinde Saint-Gingolph an der französischen Grenze gereist ist. Dazu liegen rund 1000 Höhenmeter, zwei Sprachregionen und gefühlt mindestens so viele Klimazonen dazwischen.

Kein Wunder also, orientiert man sich im Unterwallis seit je eher nach Lausanne und Genf und im Oberwallis nach Bern – eine Haltung, die sich noch einmal intensiviert hat durch den Bau der Neat, dank der die Oberwalliser ab Visp in einer Stunde in der Schweizer Bundesstadt sind. Dazu haben die beiden Wallis unterschiedliche Schulsysteme und eine andere Medienlandschaft. Und auch wenn das Oberwallis vielleicht progressiver ist, als man denkt – das Unterwallis ist mit Sicherheit ein kleines bisschen progressiver als das Oberwallis.

Die Debatte um die neue Verfassung scheint diese Differenzen noch einmal zu verdeutlichen.

«Klar gibt es soziokulturelle Unterschiede, andere Referenzpunkte aufgrund der Sprache», sagt Johan Rochel, Verfassungsrat für den Bezirk Monthey. «Aber gewisse Leute scheinen wirklich zu glauben, die Unter- und Oberwalliser seien komplett anders, fast schon biologisch. Und das stimmt natürlich nicht.»

Rochel ist Jurist und Ethiker, der auf dem Spezialgebiet Migrationsrecht forscht. Er ist Teil einer stetig wachsenden, gut ausgebildeten Walliser Diaspora. Wie viele rurale Kantone leidet auch das Wallis an Braindrain. Rochel bleibt aber, obwohl er seit 2009 in Zürich wohnt, in seinem Kanton engagiert.

2017 gründete er den Appel Citoyen mit. Eine Unterwalliser Bürgerbewegung, die sich für das Schreiben der neuen Verfassung organisiert hat – mit dem erklärten Ziel, sich danach wieder aufzulösen und nicht für weitere Mandate zu kandidieren.

Bei den Wahlen für den Verfassungsrat haben sie überraschend 16 der 130 Sitze geholt – nur 5 Sitze weniger als die FDP oder die beiden Sektionen der SVP. Eine veritable Fraktion also. Und eine Ohrfeige für die etablierten Parteien.

Entsprechend politisieren sie im Verfassungsrat, wo sie sich schnell als eine treibende progressive Kraft entwickelt haben – und nebenbei mit dem eigens entwickelten Tool Werstimmtwie.ch für mehr Transparenz beim Abstimmungsverhalten sorgen.

Im Wallis ist man schnell im siebten Himmel.

Wer hat sonst schon einen fast allgegenwärtigen Blick aufs Matterhorn?

Und nicht zu vergessen die Bäume der Aprikosen …

… was wäre das Wallis ohne sie – und umgekehrt?

Wo gewisse Parteien den Fokus auf die politische Organisation des Kantons setzen und alles andere für Kosmetik halten, verhält es sich bei den Zivilistinnen des Appel Citoyen naturgemäss fast diametral anders: Ihr Kerngebiet ist der Ausbau der Grundrechte und der Staatsaufgaben.

«Mehr Freiheit schaffen, das ist der Job eines Verfassungsrats», sagt Rochel. «Besonders angesichts dessen, dass in der alten Verfassung keine Grundrechte formuliert sind.»

Bei alten Kantonsverfassungen eine durchaus übliche Praxis – oft begnügen sich diese, in Grundrechtsfragen schlicht auf übergeordnetes Recht zu verweisen. Eine Handhabung, die einigen Walliser Vertretern aus dem konservativen Spektrum am liebsten gewesen wäre. Eine Kantonsverfassung habe nicht den Auftrag, weiter zu gehen als die Bundesverfassung, so die Kritik.

«Ich habe am Anfang echt unterschätzt, wie die Leute auf die Länge der Verfassung losgehen, Artikel zählen», sagt Rochel und verdreht die Augen. Die blosse Kritik an der Länge ist aus seiner Sicht ein Manöver, um sich nicht auf inhaltliche Fragen einlassen zu müssen. «Methodischen Konservativismus» nennt er das.

Sollte der progressive Verfassungsentwurf von den Walliserinnen angenommen werden, folgte der Kanton einem Trend. Letztes Jahr sorgte Appenzell Ausserrhoden mit einer ähnlichen, wenn auch nicht ganz so modernen Verfassung für Schlagzeilen. Auch Genf ging vor neun Jahren weiter als die Bundesverfassung.

«Die Kantone funktionieren als föderalistisches Labor der Schweiz», sagt Rochel. «Natürlich ist eine in der Verfassung geregelte Elternzeit noch kein konkretes Gesetz. Aber die symbolische Kraft, die das hat – so wollen wir zusammen in Zukunft leben –, das wird unterschätzt.»

Während Elternzeit und Co. beim Appel Citoyen keine Hürden nehmen müssen, haben Fragen der kantonalen Kohäsion dagegen einen schweren Stand. «Schutzmechanismen, ob überhaupt und wenn ja, welche – das ist auch in unserer Fraktion ein heikles Thema, da sind wir uns uneinig», sagt

Rochel. «Im Unterwallis halten viele das Oberwallis bereits jetzt schon für übermächtig – und sicher nicht für schutzbedürftig.»

Das kommt nicht von ungefähr. Denn auch wenn die Oberwalliser nur ein Viertel des ganzen Kantons ausmachen – elektoral schlägt sich das nicht immer nieder. Im Gegenteil.

Das Oberwallis ist sehr viel politischer als das Unterwallis. Bedacht auf Autonomie, auch auf kommunaler Ebene, was zur absurden Situation führt, dass die Hälfte der Walliser Gemeinden im Oberwallis liegt, wo nur ein Viertel der Bevölkerung lebt.

Entsprechend diszipliniert gehen die Oberwalliser an die Urne. Die Stimm- und Wahlbeteiligung liegt hier schnell einmal bei rund 70 Prozent. Bei der Abstimmung über das Mediengesetz sagte das Oberwallis Nein, das Unterwallis Ja, der Kanton in der Summe Nein. Im Ständerat hat es bislang auch ohne Schutzklausel immer einen Oberwalliser Sitz gegeben – und bei den letzten Ständeratswahlen hat das Oberwallis der Unterwalliser CVP-Kandidatin Marianne Maret zum zweiten Sitz verholfen; mit so viel Stimmen, dass das Unterwallis praktisch keine Wahl mehr hatte.

«Aus Sicht einiger Unterwalliser ist ein Schutzmechanismus fürs Oberwallis ein Schutzmechanismus für Konservative, und das wollen viele nicht», sagt Rochel.

Er selbst hat Sympathien für Schutzmechanismen. «Wenn man die demografische Prognose der nächsten 40 bis 50 Jahre betrachtet, sind die Befürchtungen der Oberwalliser nicht völlig unberechtigt.»

Was es brauche, sei der Wille, ein Bewusstsein füreinander zu haben. «Das Wallis bleibt nicht zusammen, weil wir uns ähnlich sind, sondern weil wir es wollen.» Der Verfassungsmoment sei darum so wichtig, weil das Wallis diesen Willen damit noch einmal neu bekunden könne.

Im Moment geht der Verfassungsrat während einer zweiten Lesung in neu zusammengesetzten Kommissionen noch einmal über die einzelnen Artikel des ersten Entwurfs. Zwischen Juni und Oktober soll es zu einer zweiten Schlussabstimmung der Rätinnen kommen. Anfang nächsten Jahres soll die Verfassung dann dem Volk vorgelegt werden.

Rochel ist zuversichtlich, dass nach der zweiten Lesung eine Verfassung vorliegt, mit der alle leben können und die vor der Bevölkerung besteht. «In der Schweiz wurde noch nie eine Verfassung abgelehnt.»

Umso tragischer, würden die Walliserinnen als Erste Nein zu einer neuen Verfassung sagen.

Aggiornamento!

Verfassungen sind Perlen der rechtsstaatlichen Demokratie. Denn wo Gesetze die Bevölkerung regieren, regieren Verfassungen Regierungen – indem sie Grundrechte einräumen, politische Mitsprache institutionalisieren, die Aufgaben des Staates definieren, die Staatsmacht beschränken.

Im Prinzip also auf Linie mit dem Selbstbild des freiheitsliebenden Wallisers.

Doch die Begeisterung für die neue Verfassung hält sich trotz des wuchtigen Ja zur Neuschreibung vor vier Jahren in Grenzen. So sehr, dass der «Walliser Bote» sich veranlasst sah, in einem Kommentar für eine optimistische-

re Haltung gegenüber der Verfassung zu plädieren. Im Unterwallis sieht es nicht anders aus. Im besten Fall sind die Leute skeptisch, im Normalfall desinteressiert.

«Das ist klar, dass sich die Leute dafür nicht begeistern», sagt Philippe Bender, Seidenfoulard um den Hals, handgeschnitzter Gehstock in der Hand, das Charisma eines jungen und die Gestik eines schlecht gelaunten Gérard Depardieu. «Verfassungen sind Produkte der Vernunft – da darf man keine Illusionen haben.»

«Konsens ist der Preis der Veränderung, das ist der Geist der Demokratie»: Philippe Bender, Libéraux-Radicaux, FDP Unterwallis.

Trotzdem wird der Historiker und Verfassungsrat aus Fully in den nächsten Wochen drei Vorträge halten, um die Bevölkerung doch noch für die Verfassung zu interessieren.

Zum Gespräch lädt Bender nach Martigny. Wie vielerorts am Walliser Talboden ist die Architektur in Martigny – höflich ausgedrückt – uneitel. Historisch betrachtet ist der Ort aber ein wichtiger Knotenpunkt für das Wallis, geöffnet nach Italien und Frankreich, Zentrum für Handel und Durchreisende – und die Hochburg der Radikalen. Bender ist selbst Radical, wie die Mitglieder der FDP, die es nennenswert nur im Unterwallis gibt, hier genannt werden. So wie sein Vater (Staatsrat), sein Grossvater (Gemeinde-

rat) und alle weitere Ahnen davor. Bis 1830 lässt sich der Parteistammbaum zurückverfolgen.

Zur Zeit, als die Schweiz gebildet wurde, zählten die Radikalen zu den linksten Strömungen. Erst mit dem Aufkommen der Sozialdemokratie kam der Rutsch in die Mitte und 1894 dann die Gründung der Freisinnig-Demokratischen Partei.

Bender legt Wert darauf, dass die Radicaux auch heute anders sind als die FDP in anderen Kantonen. «Wir sind nicht einfach für die Wirtschaft, Radikale sind für die Demokratie. Für Grundrechte und Institutionen.»

Gemäss diesen Werten verhält sich die Walliser FDP auch im Verfassungsrat. Bei Abstimmungen, die auf der Kippe standen, wie beim Ausländerstimmrecht, waren ihre Vertreter (zusammen mit ein paar Vertreterinnen der CVP) das Zünglein an der Waage – und damit ein Teil der Erklärung, wie ein so bürgerlicher Verfassungsrat zu einer so progressiven Verfassung kommt.

Mit einer auffallenden Ausnahme, wenn es um die Trennung von Kirche und Staat geht.

Die Präambel lautet «Im Namen Gottes des Allmächtigen», die Kirchensteuer bleibt obligatorisch – wer nicht einer der beiden Landeskirchen angehört, muss bei der Gemeinde sein Geld jedes Jahr wieder zurückfordern. Und der Staat muss die Kirchen «entsprechend seinen Mitteln» unterstützen. Dies, obwohl die Kirchenbänke wie überall längst leer gefegt sind.

Und auch hier waren die Radicaux – die eigentlich eine zutiefst antiklerikale Haltung vertreten – das Zünglein an der Waage. Allen voran Bender. Darauf angesprochen, verzieht er das Gesicht – es ist nicht das erste Mal, dass er sich für sein Ja zu Kirche und Gott in der neuen Verfassung rechtfertigen muss. Er habe im Sinne des Konsenses – als Zugeständnis an die Verankerung in der Tradition – Ja gestimmt. «Das ist der Preis der Veränderung, das ist der Geist der Demokratie.»

Zugeständnisse würde er auch gegenüber den Oberwallisern gerne machen. Wenn es nach ihm ginge, hätten sie den Ständeratssitz auf sicher. «So wie ich dafür bin, dass es ein Mann und eine Frau sein muss – und Kandidaten von zwei unterschiedlichen Parteien.»

Bei Minderheitenschutz in Staatsrat und Parlament hören die Zugeständnisse gegenüber dem Oberwallis aber auf. «Man kann nicht überall unabhängig vom Bevölkerungswachstum Sitzgarantien geben – das ist nicht demokratisch.»

Auf noch etwas legt Bender den Finger. Die Anzahl der Artikel der neuen Verfassung. Er zieht aus dem Stapel Dokumente, die er vor sich ausgebreitet hat, ein Heft – die alte Verfassung. Er greift zwischen Daumen und Zeigefinger, um zu zeigen, wie dünn das Papier ist. Dann tippt er auf den Entwurf der neuen Verfassung daneben. «Über 200 Artikel!»

Findet er das schlecht? Schulterzucken. «Die Staatsaufgaben haben sich verändert, haben massiv zugenommen, das muss man anerkennen», sagt Bender. «Und Grundrechte sind wichtig, aber nicht die zentrale Aufgabe einer kantonalen Verfassung.» Dafür gäbe es Gesetze, die mache der Grosse Rat jeden Tag. *«On se fait plaisir, on se donne une allure d'humaniste»,* sagt er in Richtung seiner Ratskollegen, die es anders sehen. Man gönne sich eine Freude und gebe sich als Humanisten.

Die Architektur im Walliser Talboden ist – höflich ausgedrückt – …

… vielfach uneitel.

Bender legt den Fokus lieber auf die territoriale Organisation: die Neugliederung in sechs Regionen, vier im Unterwallis, zwei im Oberwallis. Und die Organisation der Institutionen. «Wenn das sauber geklärt ist, dann können wir *aggiornamento* machen – Erneuerung.»

Dass ein *aggiornamento* notwendig ist, daran lässt Bender keinen Zweifel. «Die Mentalität hält mit der Realität nicht mit, und die Politik sowieso nicht.» Eine alpine Region wie das Wallis könne sich das aber nicht leisten –

ein Kanton, der «Maman Helvetia», Bundesgeldern und Finanzausgleich so ausgeliefert ist.

«Wenn wir nicht wollen, dass Bern uns Vorschriften macht, müssen wir zeigen, dass wir ein starker Kanton sind, mit einer starken Verfassung, einer starken rechtsstaatlichen Identität. Ein Zeichen setzen – wir haben unser Schicksal in der Hand.»

Da ist es wieder, dieses Bern, dieses Gespenst. Dabei können sich die Walliserinnen nun wirklich nicht beschweren, dass sie dort jeweils zu wenig Einfluss hätten. Der Kanton hat ein ganzes Arsenal nationaler Schwergewichte hervorgebracht – Parteigründer, Parteipräsidenten, Bundesrätinnen, Gewerkschafter. Hervorragende Mischler, Spindoktoren und Tätschmeisterinnen. Nicht nur in der Politik – welche Region dieser Welt könnte sonst gleich zwei Präsidenten des Weltfussballverbandes Fifa stellen?

Bender grinst. «Im Wallis hast du entweder den Felsen vor der Nase oder du steigst auf den Berg und siehst alles.»

Sezession?

USA, Frankreich, Deutschland, Schweiz – Verfassungen sind oft Kinder des Krieges. Nur selten auch dessen Mütter.

«Ob das Oberwallis und das Unterwallis sich trennen und zwei Halbkantone bilden sollen, ist eine Frage, die ergebnisoffen geprüft werden sollte», sagt Romano Amacker, jüngster Oberwalliser Verfassungsrat und mit 24-Jahren Präsident der Oberwalliser SVP.

Mit dieser Haltung bricht die SVP ein Tabu. Denn der Rest des Verfassungsrates hat von Anfang an klargemacht, dass eine Sezession nicht infrage kommt – dass man eine gemeinsame Verfassung schreibt. Ohne Diskussion.

Das ist durchaus vernünftig. Denn im Vergleich zu anderen alpinen Gebieten in Europa hat das Wallis gar nicht so schlechte Karten.

Stetiges Wachstum, eine vergleichsweise junge Bevölkerung, ein Hochschulsitz (die Fern-Uni), eine diversifizierte Wirtschaft mit Landwirtschaft, Tourismus, Wasserkraft, der zweitgrösste Chemiestandort der Schweiz und mit Groupe Mutuel eine der grössten Versicherungen. Und auch wenn das Wallis ein armer Kanton ist, die Bewohner sind es nicht – fast jeder hier hat Land, was mit der historischen Erbaufteilung zusammenhängt, bei der sogar Frauen in reduziertem Masse erbberechtigt waren, lange bevor das andernorts üblich war. Dazu kommt eine katholische Bevölkerung mit einer verblüffend protestantischen Arbeitsmoral.

Kein Wunder, blicken die Walliserinnen mutiger und hoffnungsvoller nach vorne als andere Berggebiete. Auch beim Schreiben der Verfassung.

Und selbstverständlich würde das Wallis bei einer Spaltung nicht alle Trümpfe aus der Hand geben. Für die Zukunftsgestaltung des Kantons wäre eine Sezession aber so nützlich wie eine dritte Simplonröhre nur für Fussgänger.

Darüber scheinen sich alle Parteien einig zu sein. Mit einer Ausnahme.

Die SVP war zusammen mit der CVP Unterwallis die einzige Partei, die gegen eine neue Verfassung Kampagne machte. Sie warf den Befürwortern

vor, schlicht jeden Hinweis auf Gott entfernen und das Stimmrecht für Ausländer einführen zu wollen. Ersteres stimmt offensichtlich nicht, Zweiteres hingegen könnte in Ansätzen wahr werden.

«Die Grundrechte sind in der Bundesverfassung garantiert. Die Kantone sollten nicht weiter gehen»: Romano Amacker, SVP Oberwallis.

Amacker war damals nur Mitglied bei der SVP, der Verfassungsrat sein erstes Mandat. Eines, das er schätzt: «Das Wallis, das Wallis des 21. Jahrhunderts – ein so wichtiges Projekt mitzugestalten, das ist eine ehrenvolle Aufgabe.»

Dann kommt das Aber: Die Verfassung, wie sie jetzt sei, sei überladen, neue Staatsaufgaben verursachten Kosten, zu stark wolle man die Gesellschaft ändern, das Oberwallis als sprachliche und kulturelle Minderheit werde zu wenig gehört, verliere zunehmend an Einfluss.

Der Schutz der Oberwalliser Sprachminderheit ist ihm wichtig. «Man muss bedenken: Das Wallis ist zweisprachig, aber die Walliser sind es nicht.»

Amacker studiert Jus in Freiburg, er pendelt fast jeden Tag, zwei Stunden ein Weg. Zu Hause ist er in Eischoll. Ein Dorf auf 1200 Metern über Meer, mit unverschandelten Walser Strickbauten, 450 Einwohnern, zwei Gottes-

häusern – einer Kapelle, einer Kirche – und mit Blick auf Rainer Maria Rilkes Grabstätte in Raron, unten im Tal.

Der Jungpolitiker hat eine sanfte Stimme, von der er oft Gebrauch macht, auch bei unserem Gespräch in der Beiz. Im Verfassungsrat ist er auf dem zweiten Platz, was die Redezeit betrifft. Nach Philippe Bender.

Seine Stimme wird durchaus gehört: Amacker hat durchgesetzt, dass das Wallis die Tourismusförderung in den Verfassungsentwurf aufnimmt – als erster Kanton der Schweiz. Und er spricht leidenschaftlich vom Wert der Solidarität und Rücksichtnahme. Zumindest, wenn es ums Oberwallis geht.

Bei den Abstimmungen zu den verschiedenen Grundrechtsausweitungen hat die SVP konsequent Nein gesagt.

«Die Grundrechte sind in der Bundesverfassung garantiert. Die Kantone sollten nicht weiter gehen», sagt Amacker. Er wünscht sich stattdessen: «Eine schlanke, bürgernahe und moderne Verfassung, die die Aspekte, die unseren Kanton zu dem machen, was er ist, berücksichtigt. Und mit einer angemessenen Vertretung des Oberwallis in den politischen Behörden.»

Von anderen Quoten will Amacker dagegen nichts wissen. Auch wenn im Moment keine Frau in der Regierung sitzt und es seit 2019 zum ersten Mal überhaupt eine Ständerätin im Wallis gibt. «Frauen sind keine Minderheit in der Bevölkerung. Mit etwas Geduld werden sie ihren Weg machen.» Und: «Ein Mann kann eine Frau genauso gut vertreten.» Nach einer kurzen Pause: «Und umgekehrt.»

Amacker wirft seinen Ratskolleginnen vor, dem Volk via Verfassung Dinge unterjubeln zu wollen, die für sich genommen nicht mehrheitsfähig wären. Zumindest im Oberwallis. Zum Beispiel die Elternzeit: «Die Oberwalliser haben Nein gesagt zum Vaterschaftsurlaub. Und jetzt will man eine Elternzeit einführen?»

«Die Gemeinde hat sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vom Bauerndorf zu einer attraktiven Industrie-, Gewerbe- und Wohngemeinde entwickelt, die heute 1000 Arbeitsplätze anbieten kann»: Selbstporträt der Gemeinde Steg-Hohtenn, wo auch die Carrosserie Zurbriggen zu Hause ist.

Die roteste der roten Linien ist für die SVP aber klar: das Ausländerstimmrecht. Ausländer mit C-Permis, in der Regel also mit zehn Jahren Aufenthalt in der Schweiz, die seit einem Jahr im Kanton leben, sollen gemäss Verfassungsentwurf das passive Stimmrecht erhalten. «Das wird hier in der Region massiv auf Ablehnung stossen.»

Amacker deutet auf die Wirtin: «Sie ist Deutsche, ein fester Teil unseres Dorfes. Aber dennoch wäre die Bevölkerung wahrscheinlich dagegen, dass Ausländer mitbestimmen dürften.»

Und was sagt Kerstin, die Wirtin, selber zum Ausländerinnenstimmrecht? «Ja, sehr gerne. Ich bin 17 Jahre hier, zahle Steuern, das sollte man uns schon zugestehen.»

Einen Moment lang verliert das SVP-Nachwuchstalent seine Eloquenz. «Das überrascht mich.» Dann fängt er sich gleich wieder: «Wer mitbestimmen will, kann sich einbürgern lassen.» Kostet eine Stange Geld, sagt Kerstin. Sie will es trotzdem bald machen.

Amacker verweist derweil auf die Gemeinde Täsch, die aufgrund der Nähe zum touristisch geprägten Zermatt 60 Prozent Ausländeranteil hat.

Auch wenn nicht sicher ist, wie viele dieser Ausländer ein C-Permis haben und tatsächlich stimmberechtigt sind – überstimmt zu werden, scheint bei manchen Oberwallisern eine reale Angst zu sein. Egal ob von Unterwalliserinnen oder Nichtschweizern.

Aber an Fremde müssen sich die Oberwalliser gewöhnen, wenn sie weiter wachsen wollen. So wie die Lonza, die letztes Jahr 100 neue Arbeitsplätze pro Monat generierte. Das Wachstum der Pharmaherstellerin, deren Fabrik neben Visp wie ein schlafendes Raubtier keucht, rasselt, schnaubt, ist eigentlich eine erfreuliche Entwicklung. Aber auch ein Klumpenrisiko. Und Arbeitsmarktkonkurrenz für andere Branchen: Wegen der Pandemie haben sich zudem viele Gastro-Arbeiterinnen zwangsläufig neu orientieren müssen. Jene, die bei der Lonza gelandet sind, haben wenig Interesse zurückzukehren.

Amacker hat noch andere Bedenken: «Die Zuwanderung, besonders auch der Fachkräfte, die der Lonza-Boom mit sich bringt, ist nötig und wichtig, aber sie weckt auch Zweifel und Unsicherheit bei der einheimischen Bevölkerung.» Amackers Vater arbeitet seit bald 30 Jahren in der Lonza. «Unterdessen wird dort wegen der vielen Expats Englisch gesprochen.»

Der SVP-Politiker anerkennt durchaus die Bedeutung, die Ausländerinnen historisch und zeitgenössisch in Form von Touristen und Gastarbeiterinnen für das Wallis haben. Ein Ausländerstimmrecht schliesst er aber aus. «Wer mitbestimmen will, soll sich integrieren und einbürgern lassen. Dabei kann das Stimmrecht nur der Abschluss der Integration und nicht ein Mittel dazu sein.»

So, wie die Verfassung jetzt sei, sei sie für die SVP nicht tragbar, sagt Amacker. «Und auch nicht für das bürgerliche, freiheitsliebende Oberwallis.»

Er zeichnet zwei Worst-Case-Szenarien: Die Verfassung wird ganz abgelehnt, vier Jahre Arbeit und mehrere Millionen Franken: für nichts. Und das seiner Sicht noch schlimmere Szenario: Das Oberwallis sagt Nein und wird überstimmt.

Beides dürfte erhebliche Konsequenzen auf die Einheit des Kantons haben.

Andere spielen auch gut

Das Wallis ist eine kleine Schweiz: ein Land voller Gräben und kollidierender Bedürfnisse.

Zwischen Deutsch- und Französischsprachigen, zwischen Berg und Tal, progressiv, traditionell, liberal und konservativ, zwischen Tourismus, Industrie, Landwirtschaft, Einheimischen, Zugezogenen, Katholiken, Andersgläubigen und Nichtgläubigen, EHC-Visp- und HC-Sierre-Fans. Es sind Gräben, die nicht einer Linie folgen, sondern sich durch Seitentäler ziehen, Dörfer, Beizen, Büros, Familien – und am Ende auch durch das Individuum.

Wem nicht mindestens fünf Herzen in einer Brust schlagen, der hat keinen Puls.

Genau in dieser Vielfalt der Gräben liegt die Stärke der Schweiz, wie Politologe Michael Hermann in seiner Essaysammlung «Was die Schweiz zusammenhält» ausführt: in einer Überlagerung der Spannungsfelder, die sich so gegenseitig wieder ausgleichen. Mehr noch: «Paradoxerweise können Konflikte im Innern stabilisierend sein für den Zusammenhalt. (...) Spannungsfelder, die sich nicht aufschaukeln, sondern durchkreuzen, festigen ein Gewebe.»

Darum ist es vielleicht gar nicht so verkehrt, dass der Walliser Verfassungsentwurf so ausführlich geraten ist: Es ist für jeden etwas dabei. Etwas, das man gut findet, und etwas, das man fürchterlich findet.

Wirklich scheitern wird die Walliser Verfassung erst, wenn es am Ende nur eine Frage gibt, an der sich das Rennen entscheidet – wenn es nur noch ein Derby zwischen Unterwallis und Oberwallis wird.

Im Stadion von Siders beginnt nach dem zweiten Match-Drittel die letzte Pause. *Les soleils de Sierre* führen 3:2 gegen die Visper Löwen. Während die Sprachgrenze im Rest des Kantons hart ist – am Match ist sie es nicht: In der Fankurve des HC Sierre jubeln fast so viele Oberwalliser wie Unterwalliser dem Club zu.

Einer von ihnen ist ein älterer Herr, der sofort den Zwischenstand nach Hause telefoniert. Auf dem Kopf trägt er eine Mütze des HC Sierre, um die Brust ein Gilet mit den Signeten sämtlicher namhafter Clubs – Kloten, Davos, Olten ... und auch Visp. Heute sei er Siders-Fan, sagt er. *«Aber di andre spiilend deich öi güet.»*